

Niederschrift

Öffentliche Sitzung des Kulturausschusses

am Donnerstag, 04.10.2018 von 17:30 Uhr bis 19:32 Uhr in: Sitzungssaal Neues Rathaus,
D.-Martin-Luther-Straße 1

Zu Beginn der Sitzung stellt die Vorsitzende fest, dass sämtliche Mitglieder des Ausschusses ordnungsgemäß geladen wurden und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. Damit ist die Beschlussfähigkeit gegeben. Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung werden nicht erhoben.

Die anwesenden Stadtratsmitglieder sind aus der Anwesenheitsliste ersichtlich.

Als Berichterstatter waren anwesend: Hr. Prof. Dr. Löffler
Hr. Dr. Smolorz
Hr. Ehm
Fr. Dr. Gerstl, Amtsleiterin
Fr. Lang
Hr. Dr. Meyer, Abteilungsleiter

Anwesende:

Herr Walter Erhard -
Frau Irmgard Freihoffer -
Herr Dr. Armin Gugau -
Herr Dr. Tobias Hammerl -
Frau Evelyn Kolbe-Stockert -
Frau Margit Kunc -
Herr Michael Lehner -
Frau Christa Meier -
Herr Horst Meierhofer -
Frau Margot Neuner -
Frau Kerstin Radler -
Herr Benedikt Suttner -
Frau Katja Vogel -

Abwesende:

Frau Bernadette Dechant -	Vertretung: Fr. Stadträtin Schlee
Herr Markus Jobst -	Vertretung: Fr. Stadträtin Bogner
Herr Erich Tahedl -	Vertretung: Hr. Stadtrat Eberwein
Herr Joachim Wolbergs -	Vertretung: Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer

Abwesende Stadratsmitglieder bei einzelnen Tagesordnungspunkten (Abstimmung):

Herr Michael Lehner	TOP 7 bis TOP 12
Frau Katja Vogel	TOP 11 bis TOP 12

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Investitionsprogramm 2018 - 2022
Vorberatung der Teile des Investitionsprogramms für die der Kulturausschuss fachlich zuständig ist
Vorlage: VO/18/14614/41
Berichtersteller/in: Kulturreferent Unger
Berichtersteller/in: Wirtschafts-, Wissenschafts- und Finanzreferent Daminger

- 3 Erneuerung der Bühne für Freiluftveranstaltungen im Innenhof des Thon-Dittmer-Palais - Maßnahme- und Mittelbereitstellungsbeschluss
Vorlage: VO/18/14694/41
Berichtersteller/in: Kulturreferent Unger

- 4 Freiwillige Leistungen - Zuschüsse an die freie Kulturarbeit im Haushaltsjahr 2019
Vorlage: VO/18/14653/41
Berichtersteller/in: Kulturreferent Unger

- 5 Freiwillige Leistungen 2019 für das Naturkundemuseum und den Naturwissenschaftlichen Verein Regensburg e. V.
Vorlage: VO/18/14635/44
Berichtersteller/in: Kulturreferent Unger

- 6 Wissenschaftliche Erforschung des Kriegsendes 1945 in Regensburg - Präsentation der Projektergebnisse
Vorlage: VO/18/14623/45
Berichtersteller/in: Kulturreferent Unger

- 7 Übergangsweise Erhöhung des Zuschusses der Stadt Regensburg für den Historischen Verein für Oberpfalz und Regensburg
Vorlage: VO/18/14624/45
Berichtersteller/in: Kulturreferent Unger

- 8 Provenienzforschung an den Museen der Stadt Regensburg
Vorlage: VO/18/14681/44
Berichtersteller/in: Kulturreferent Unger

- 9 Wettbewerb für Kunst im öffentlichen Raum - Neubau der Kreuzschule Regensburg mit Kinderhort
Auftragsvergabe
Vorlage: VO/18/14753/44
Berichtersteller/in: Kulturreferent Unger

- 10 Erstellung eines Dächerkatasters
Vorlage: VO/18/14687/45
Berichtersteller/in: Kulturreferent Unger

- 11 Teilnahme der Stadt Regensburg am internationalen EU-Projekt "REDISCOVER: Rediscover, expose and exploit the concealed Jewish heritage of the Danube Region" im Rahmen des Interreg Danube Transnational Programms
Vorlage: VO/18/14670/RIV
Berichtersteller/in: Kulturreferent Unger
- 12 Velodrom
Ende des Pachtvertrags / Fortführung des Spielbetriebes im Velodrom / Sanierung des Velodroms
- Grundsatzbeschluss -
Vorlage: VO/18/14688/RIV
Berichtersteller/in: Kulturreferent Unger
- 13 Anfrage: Fotokunst
Fragesteller: Hr. Stadtrat Meierhofer

Protokoll:

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Diskussion:

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer weist darauf hin, dass die Niederschrift über die Sitzung vom 11.07.2018 zur Genehmigung ausliegt. Sofern bis zum Ende der Sitzung keine Einwendungen erhoben werden, gilt die Niederschrift als genehmigt.

zu 2 Investitionsprogramm 2018 - 2022
Vorberatung der Teile des Investitionsprogramms für die der Kulturausschuss
fachlich zuständig ist
Vorlage: VO/18/14614/41

Diskussion:

Hr. Daminger stellt die Eckdaten des Investitionsprogramms (IP) 2018 – 2022 anhand der beiliegenden Powerpoint-Präsentation vor. Insgesamt sei das IP sehr ambitioniert und könne nur abgearbeitet werden, wenn zugleich das Personal entsprechend aufgestockt werde. Letztendlich handle es sich um eine gemeinsame Willenserklärung über künftige Ziele. Zweifellos müsse man dabei stets Prioritäten setzen.

Hr. Stadtrat Dr. Gugau meint, der vorliegende Einzelplan umfasse nur 42 Mio. EUR, enthalte aber wichtige Kulturmaßnahmen. Ein großer Meilenstein sei der Neubau des Zentraldepots. Das städtische Archiv sei auf kommunaler Ebene eines der bedeutendsten in ganz Deutschland. Die Investitionen seien gerechtfertigt und die gestiegene Kostenschätzung nicht weiter zu beanstanden. Überdies beinhalte das IP die Zuschüsse für den Erweiterungsbau eines Jüdischen Zentrums mit Synagoge sowie das Museum der Bayerischen Geschichte. Er hofft, dass das umfangreiche IP rasch bewältigt werden könne. Dem Beschlussvorschlag stimme die CSU-Stadtratsfraktion zu.

Zum Museumskonzept 2020 stellt er fest, die zweijährige Verschiebung werde mit einem Klärungsbedarf hinsichtlich des Denkmalschutzes begründet. Hierzu bittet er um nähere Erläuterung. Er geht davon aus, dass eigentlich von Anfang an eng mit dem Landesamt für Denkmalpflege zusammengearbeitet worden sei.

Darüber hinaus fragt er, ob während der Sanierung des Velodroms eine Ausweichspielstätte zur Verfügung stehe. Zuletzt möchte er wissen, warum das Gedenkkonzept zur NS-Kultur in diesem IP nicht zu Buche schlage.

Fr. Stadträtin Freihoffer bedauert, dass sich der Neubau des Historischen Museums schon jahrelang verzögere. Nun werde die Maßnahme erneut um zwei Jahre verschoben. Dies könne sie nicht nachvollziehen. Denn der Bedarf an einer Absprache in Bezug auf den Denkmalschutz sei durchaus absehbar gewesen. Im Übrigen glaubt sie, das umfangreiche IP könne nicht abgearbeitet werden. Deswegen solle man Prioritäten setzen und zukünftig auf unnötige Großprojekte verzichten. Sie kritisiert, dass die Stadt für das Museum der Bayerischen Geschichte rund 24 Mio. EUR aufbringen müsse.

Der Neubau des Zentraldepots und Archivs sei zweifelsohne wichtig. Allerdings stiegen die Baukosten aufgrund der Überarbeitung des Raumprogramms um rund 60 %. Hierzu bittet sie um Erklärung. Ebenso werde der Ansatz für den Umbau der Akademie für Darstellende Kunst (ADK) wegen unerwarteter archäologischer Grabungen von 380.000 EUR auf 2.580.000 EUR erhöht. Ihres Erachtens sei diese Notwendigkeit vorhersehbar gewesen.

Hr. Stadtrat Suttner äußert, der Maßnahmenbeschluss zum Historischen Museum sei im Jahr 2013 gefasst worden. Nun werde der Baubeginn auf das Jahr 2023 vertagt. Die Begründung sei unzureichend; deshalb erwarte er weitere Informationen.

Ferner bemerkt er, die Planungskosten für das Velodrom erhöhten sich von 200.000 EUR auf 800.000 EUR. Gewiss sei die Instandsetzung teuer. Deswegen könne er nicht nachempfinden, weshalb ursprünglich nur dieser niedrige Betrag eingeplant worden sei. Zudem fragt er, ob schon eine Ausweichspielstätte gefunden worden sei und ob die Sanierung eine Einschränkung für das kulturelle Theaterprogramm bedeute. Überdies erkundigt er sich nach Proberäumen für die Darsteller/-innen.

Fr. Stadträtin Neuner wünscht gleichermaßen eine nähere Begründung zur Verzögerung beim Historischen Museum. Die Kosten für das Museum der Bayerischen Geschichte seien tatsächlich enorm. Erfreulicherweise erforderten die wenigen neuen Maßnahmen im IP Mittel unter 1 Mio. EUR; dennoch seien sie wichtig und nötig. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme dem IP zu und freue sich über die hohen Investitionen im Kulturbereich.

Hr. Stadtrat Meierhofer ist der Ansicht, der Freistaat Bayern investiere weitaus mehr Gelder in das Museum der Bayerischen Geschichte und die kulturelle Bedeutung für die Stadt Regensburg sei immens. Die Museumslandschaft werde aufgewertet und das kulturelle Leben in der Stadt bereichert.

Hr. Stadtrat Dr. Hammerl regt zum Sanierungskonzept für den Herzogspark an, dieser solle künftig barrierefrei gestaltet werden.

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer führt aus, zu den Kosten des Museums der Bayerischen Geschichte seien im Stadtrat zahlreiche Beschlüsse gefasst worden. Dabei habe man sämtliche Gründe ausführlich dargelegt. Schon im Rahmen des Grundsatzbeschlusses habe sich die Stadt Regensburg dazu verpflichtet, ein baureifes Grundstück zur Verfügung zu stellen. Darunter fielen auch die archäologischen Untersuchungen, wenngleich damals noch keine Summe bekannt gewesen sei. Dem habe der Stadtrat mehrheitlich zugestimmt. Zudem habe man schon damals beschlossen, den Hauptsammelkanal zu verlegen. Natürlich sei der Gesamtbetrag hoch. Aber dass die Stadt ihren Beitrag leisten müsse, sei von vornherein klar gewesen. Nur die Kostensteigerung bei der Renovierung des Österreicher Stadels sei unvorhergesehen aufgetreten.

Hr. Unger informiert, bis Anfang des Jahres 2017 habe man angenommen, dass der Museumstrakt am Minoritenweg zwischen dem historischen Gebäude und der Polizei abgebrochen werden könne. Denn dabei handle es sich um kein Einzeldenkmal, sondern das Bauwerk unterliege nur dem Ensembleschutz. Die Verwaltung habe dennoch einer Bauforschung im Vorfeld des Abbruchs zugestimmt. Seither werde versucht, eine einvernehmliche Lösung mit dem Landesamt für Denkmalpflege zu finden. Solange dies nicht geschehe, könne mit den konkreten Planungen zum Historischen Museum nicht begonnen werden. Er hoffe, dass schnellstmöglich eine Einigung erzielt werde. Darüber hinaus müsse zuerst das neue Depot fertiggestellt werden, um das Historische Museum auslagern und Baumaßnahmen dafür vornehmen zu können. Gemeinsam hätten die neuen Amtsleiter/-innen im Kulturreferat die Planungen kritisch kontrolliert und neue Ideen eingebracht. Er hoffe, dass mit dem Bau des Zentraldepots und Archivs wie vorgesehen im späten Frühjahr 2019 begonnen werden könne. Vorher sei allerdings eine europaweite Ausschreibung notwendig.

Zum Velodrom berichtet er, natürlich gebe es Überlegungen bezüglich möglicher Ausweichspielstätten. Er bittet um Verständnis, dass er dazu keine konkreten Aussagen machen wolle, solange dies nicht endgültig abgestimmt sei. Ansonsten könnten die Verhandlungen mit den Partnern gefährdet werden. Das Ergebnis werde dem Kulturausschuss selbstverständlich vorgelegt.

Darüber hinaus erklärt er, die Zuständigkeit für die NS-Gedenkkultur obliege inzwischen dem Referat für Bildung, Sport und Freizeit. Deswegen seien in diesem Einzelplan des IP keine Mittel enthalten.

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer ergänzt zum Velodrom, die Gelder seien für Planungszwecke eingestellt worden, nicht zur Ertüchtigung des Hauses. Zunächst müsse eine vertiefte Konzeptstudie beauftragt werden. Dabei solle geklärt werden, wie das Gebäude dauerhaft als öffentliche Spielstätte genutzt werden könne, ob die aktuell geltenden baulichen Voraussetzungen dort überhaupt unterzubringen seien und inwieweit dies mit dem Landesamt für Denkmalpflege in Einklang gebracht werden könne. Möglicherweise könne das Velodrom nach der Sanierung nur mehr von einem kleineren Publikum genutzt werden. Auch eine Erweiterung halte sie nicht für ausgeschlossen. Sie betont, die Planungskosten seien lediglich geschätzt worden; der Betrag sei dennoch realistisch und beruhe auf Erfahrungswerten.

Hinsichtlich der Ausweichspielstätte bestätigt sie, dass derzeit mit jemandem verhandelt werde. Details könnten zum jetzigen Zeitpunkt aber noch nicht veröffentlicht werden.

Hr. Daminger merkt an, das IP umfasse mehr Geld, um die notwendigen Planungen für das Velodrom durchführen zu können. Dabei werde der Denkmalschutz selbstverständlich berücksichtigt. Die Ausschussmitglieder erhielten rechtzeitig einen Gesamtüberblick über die

Möglichkeiten und die Kosten. Erst anschließend könne der Grundsatzbeschluss zur Sanierung des Velodroms gefasst werden. Der Erbbaurechtsvertrag ende im Jahr 2021, dann gehe das Gebäude ins Eigentum der Stadt Regensburg über. Somit könne letztendlich im Jahr 2022 mit der Instandsetzung begonnen werden.

Im Übrigen erinnert er, 25 Städte hätten sich als Standort für das Museum der Bayerischen Geschichte beworben. Man müsse dankbar sein, dass dieses bayernweit einzigartige Museum in Regensburg errichtet werde und die örtliche Kulturlandschaft bereichere. Auch unter langfristigen wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten sei das Museum von Vorteil: Junge Leute reisten nach Regensburg, um das Museum und die Altstadt zu besichtigen. Unter Umständen entschieden sich diese für ein Studium oder eine Arbeitsstelle in Regensburg. Dieses Potenzial sei im Hinblick auf den demografischen Wandel wichtig.

Hr. Stadtrat Suttner pflichtet bei, die Planungsmittel für das Velodrom seien definitiv erforderlich, um ein optimales Ergebnis zu erzielen.

Er erkundigt sich, ob es zutrefte, dass schon Pläne für den Neubau des Historischen Museums existierten und diese nur noch mit dem Landesamt für Denkmalpflege abgestimmt werden müssten. Den Stadträten/-innen sei nämlich nichts dergleichen bekannt.

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer stellt klar, es gebe keine Planung. Zunächst müsse man klären, welcher Teil des Historischen Museums abgerissen werden dürfe. Bislang sei die Verwaltung stets davon ausgegangen, dass es erlaubt sei, den Südflügel abzubrechen; immerhin habe das Landesamt für Denkmalpflege dies signalisiert. Vor kurzem habe das Landesamt für Denkmalpflege jedoch einen Prozess des Umdenkens eingeleitet. Unter anderem hänge dies damit zusammen, dass die benachbarten Häuser aus der NS-Zeit stammten, beispielsweise das Neue Rathaus und das Polizeigebäude. Ihrer Meinung nach gehöre der Südflügel des Historischen Museums aber nicht dazu und sei in diesem Ensemble nicht erhaltenswert. Diese schwierige Diskussion müsse nun geführt werden. Deswegen sei derzeit ungewiss, ob insgesamt eine Instandsetzung nötig sei oder ein Neubau errichtet werden könne. Bestimmte andere Gebäudeteile dürften sowieso nicht abgerissen werden, sodass deren Sanierung in ein Gesamtkonzept integriert werden müsse. Sie versichert, den Ausschussmitgliedern würden keine Pläne vorenthalten.

Hr. Stadtrat Suttner hakt nach, ob das inhaltliche Museumskonzept schon fertiggestellt sei oder ob dies auch vom Urteil des Landesamtes für Denkmalpflege abhängige. Außerdem heiße es immer wieder, das 20. Jahrhundert solle im Historischen Museum eine stärkere Rolle als bisher einnehmen. Vielleicht könne hier der Südflügel einbezogen werden. Er fragt, ob darüber mit dem Landesamt für Denkmalpflege gesprochen worden sei.

Hr. Unger erklärt, die gesamte Konzeption hänge davon ab, ob der Südflügel abgebrochen werden könne oder nicht. Mithilfe des Abrisses könne ein Rundgang im Museum realisiert werden. Andernfalls müsse die Verwaltung ihre Überlegungen verwerfen, welche allesamt den Abriss der Süd-Ost-Ecke beinhalteten. Denn bis Januar 2017 sei dies unstrittig gewesen. Nun beginne das Landesamt für Denkmalpflege plötzlich diesen Diskussionsprozess. Die erneute Bauforschung sei inzwischen abgeschlossen. Er hofft, dass beim nächsten Gesprächstermin eine endgültige Aussage getroffen und anschließend ein schlüssiges Planungskonzept erstellt werden könne.

Beschluss:

Der Kulturausschuss empfiehlt dem Ausschuss für Verwaltung, Finanzen und Beteiligungen und dem Stadtrat, die im Entwurf des Investitionsprogramms 2018 bis 2022 im Einzelplan 3 – UA 3000/00 bis UA 3331/00 sowie UA 3651/02 bis UA 3700/02 – enthaltenen Maßnahmen einschließlich den Änderungen und den Empfehlungen in die Beratung für das Investitionsprogramm 2018 bis 2021 aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

zu 3 Erneuerung der Bühne für Freiluftveranstaltungen im Innenhof des Thon-Dittmer-Palais - Maßnahme- und Mittelbereitstellungsbeschluss
Vorlage: VO/18/14694/41

Beschluss:

1. Der Kulturausschuss beschließt die umgehende Erneuerung der Freiluftbühne im Innenhof des Thon-Dittmer-Palais.

2. Der Ausschuss für Verwaltung, Finanzen und Beteiligungen beschließt, dass die erforderlichen Mittel als Verpflichtungsermächtigung bei HHSt. 1.3657.93490 in Höhe von 150.000 Euro außerplanmäßig im Haushaltsjahr 2018 bereitgestellt werden.

Die Deckung erfolgt durch eine Minder-Verpflichtungsermächtigung bei HHSt. 1.3102.9420.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

zu 4 Freiwillige Leistungen - Zuschüsse an die freie Kulturarbeit im Haushaltsjahr 2019
Vorlage: VO/18/14653/41

Diskussion:

Fr. Stadträtin Neuner äußert, die regelmäßige Vergabe der Zuschüsse sei erfreulich und die SPD-Stadtratsfraktion stimme dem zu. Sie befürworte insbesondere die Erhöhung für das Turmtheater um 10.000 EUR; dadurch könne der Wegfall eines langjährigen Sponsors kompensiert werden. Zudem hebt sie die Tanzförderung hervor. Durch die wiederholte Gewährung von Fördergeldern bestehe eine Planungssicherheit für die Kulturträger.

Hr. Stadtrat Meierhofer schließt sich seiner Vorrednerin an und meint, hier werde auch die kulturelle Vielfalt aufgezeigt. Er erkundigt sich, aus welchem Grund der donumenta e.V. für das Jahr 2019 keinen Antrag eingereicht habe.

Hr. Unger führt aus, der donumenta e.V. habe eine Projektförderung beantragt; diese werde auch gewährt. Ein institutioneller Antrag sei bewusst nicht positiv behandelt worden.

Beschluss:

Der Kulturausschuss empfiehlt dem Ausschuss für Verwaltung, Finanzen und Beteiligungen und dem Stadtrat, für Träger der freien Kulturarbeit im Haushaltsjahr 2019 Zuschüsse entsprechend den beigefügten Listen in den Haushaltsplan einzusetzen.

Die Aufnahme in den Haushaltsplan 2019 steht unter dem ausdrücklichen Vorbehalt der einzelnen verfügbaren Haushaltsmittel. Der Stadtrat wird voraussichtlich im Juli 2019 über die Freigabe im Einzelfall entscheiden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

zu 5 **Freiwillige Leistungen 2019 für das Naturkundemuseum und den Naturwissenschaftlichen Verein Regensburg e. V.**
Vorlage: VO/18/14635/44

Beschluss:

Der Kulturausschuss beschließt, die für das Naturkundemuseum bzw. den Naturwissenschaftlichen Verein Regensburg e.V. im Jahr 2019 erforderlichen Mittel, wie in der Beschlussvorlage unter Punkt zwei dargestellt, bereitzustellen.

Die Aufnahme in den Haushaltsplan 2019 steht unter dem Vorbehalt der verfügbaren Haushaltsmittel. Der Stadtrat wird voraussichtlich im Juli 2019 über die Freigabe im Einzelfall entscheiden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

zu 6 Wissenschaftliche Erforschung des Kriegsendes 1945 in Regensburg - Präsentation der Projektergebnisse
Vorlage: VO/18/14623/45

Diskussion:

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer begrüßt den anwesenden Herrn Prof. Dr. Bernhard Löffler von der Universität Regensburg sowie die beiden Autoren der Studie, Hrn. Dr. Roman Smolorz und Hrn. Rainer Ehm.

Vortrag von Hrn. Prof. Dr. Löffler:

„Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren. Herzlichen Dank für die Einladung in den Kulturausschuss des Stadtrates. Heute geht es um die Vorstellung des Arbeitsstandes des Projektes zum Kriegsende in Regensburg und die Präsentation der zentralen Ergebnisse. Das Wichtigste will ich gleich vorweg sagen: Das Vorhaben ist 2015 gestartet und hatte das hauptsächliche Ziel, eine Publikation zu erarbeiten. Das ist passiert. Wir haben ein fertiges Manuskript, das letzte Woche an den Verlag Pustet gegangen ist, und das in der Endfassung fast 400 Seiten umfasst. Im Druck wird das sicher noch etwas weniger. Aber es ist ein ausgewachsenes, substanzielles Buch. Jetzt folgen noch redaktionelle Abstimmungen, Bilderauswahl und dergleichen. Das Buch selbst wird dann im Frühjahr 2019 erscheinen.

Auch weil bis dahin noch Zeit ist, nehmen wir die Gelegenheit sehr gerne wahr und es ist uns auch selber ein Anliegen, Sie mit einem Abschlussbericht eingehend zu informieren über das Profil der Untersuchung und einige Ergebnisse, die uns besonders wichtig erscheinen. Ich will das mit einem ausdrücklichen Dank an den Stadtrat verbinden, dass er dieses Projekt mit dem Beschluss Ende 2014 auch finanziell ermöglicht und unterstützt hat.

Was mir ebenfalls ein persönliches Anliegen ist, ist noch ein kurzes Wort zur Autorenschaft: Ich will mich nicht mit fremden Federn schmücken. Die alleinigen Autoren der Studie sind Herr Rainer Ehm und Herr Dr. Roman Smolorz. Die Aufgabe meines Kollegen Prof. Dr. Spoerer – der sich heute entschuldigen lässt – und mir war es, ausschließlich den organisatorischen Rahmen bereitzustellen, das Projekt technisch abzuwickeln in vielen Gesprächen, auch nach Lektüre der diversen Textentwürfe kritische Fragen an die Autoren zu stellen und eine Art „methodisches Widerlager“ zu geben.

Ich habe eben von dem Stadtratsbeschluss 2014 gesprochen. Darin werden die hauptsächlichen Anliegen der Initiative umschrieben. Ich darf nochmal kurz darauf eingehen: Es geht darum, die Forschungsproblematik in größere, überlokale Kontexte zu stellen und dadurch neu zu beleuchten, ungeklärte Fragen von Verantwortlichkeiten für die kampflose Übergabe der Stadt möglichst zu beantworten und die bisherigen Forschungen, Darstellungen, Erzählungen mit den vielen Legendenbildungen – die sich auch um das Ereignis oder um diese Periode ranken – kritisch zu hinterfragen. Ich glaube tatsächlich, dass es der Studie gelungen ist, wirklich substanzielle, neue Ergebnisse zu erarbeiten. Es bleiben sicher Lücken. Das muss man auch gleich vorweg sagen. Es gibt einfach bestimmte Dinge, die nicht zu klären und auch nur schwer zu erklären sind. Aber wir glauben schon beanspruchen zu können, dass unser Herangehen tatsächlich von den geforderten, erweiterten Perspektiven und Prämissen ausgeht und auch viele neue Ergebnisse hervorbringt, die die ganze Debatte wirklich substanziell weiterbringen. Dass die Debatte damit endet oder dass wir eine abschließende Wahrheit zu einem Vorgang herausgefunden haben – das wird nicht passieren. Und das ist auch – glaube ich – ganz richtig so.

Jetzt zur Untersuchung selbst: Wir haben ein paar Folien vorbereitet. Ich beginne mit ein paar Hinweisen zum Allgemeinen. Herr Ehm und Herr Dr. Smolorz werden dann einige Ergebnisse im Detail erläutern.

Ein kurzer Blick auf die Gliederung, dass Sie sehen, wie das Buch ungefähr aufgebaut ist: Wir haben zwei Kapitel als Grundlagen, das eine ist zur „Rezeptionsgeschichte des Kriegsendes in Regensburg“ – das knüpft eben an die Feststellung an, dass es hier viele Erzählungen, Darstellungen und Interpretationen zum Kriegsende gibt, die alle zeitabhängig waren und auch von bestimmten Ideologien abhängig waren und sich gewandelt haben. Und im Grunde ist ja auch diese Studie aus diesen geschichtspolitischen Diskussionen heraus initi-

iert worden und entstanden. Das zweite hat einen etwas verdrehten Titel: „Konzeptualisierung räumlicher Grenzen und zeitlicher Zäsuren“. Da geht es darum, dass wir den städtischen Raum von Beginn an in größere räumliche, institutionelle Zusammenhänge stellen und fragen, von welchen Einflüssen – institutionell-räumlicher Art – hängt denn das städtische Handeln ab. Auch um das Hinterfragen und das Problematisieren von zeitlichen Zäsuren wird es in dem Kapitel gehen. Danach ab Kapitel 3 folgt dann in mehr oder weniger chronologischem Fortschritt zunächst ein wichtiger Punkt: „Aspekte der militärischen Entwicklung 1944/45 mit Auswirkungen auf den Raum Regensburg“. Für das Verstehen, dass es nicht militärische Detailfummelei ist um ihrer selbst willen, sondern für das Verstehen der Gesamtvorgänge wirklich von zentraler Bedeutung erscheint. Punkt 4 ist eher sozialgeschichtlich und auf das Innere der Stadt gerichtet – „Regensburg in den letzten Kriegsmonaten (Januar 1945 bis April 1945)“. Wie hat sich die Kriegsmüdigkeit weiter aufgebaut, die Resignation verstärkt, die dann etwa auch zu dieser Demonstration im April 1945 geführt hat. Punkt 5, die Vorgänge der „Übergabe der Stadt Regensburg an die Amerikaner“. Das ist ein zentraler Punkt, auch was die Genese dieser ganzen Studie angeht; der wird auch entsprechend ausführlich behandelt. Punkt 6, „Die Lage Regensburgs unmittelbar nach der Übergabe an die Amerikaner“. Das knüpft wieder an diese sozialgeschichtliche Binnenperspektive an. Und als Punkt 7 eine Zusammenfassung. Das Ganze wird ergänzt durch einige Anhänge, etwa auch einen chronologischen Abriss, der dann in den letzten Kriegstagen – Herr Ehm und Herr Dr. Smolorz haben das erarbeitet – fast ins stündliche hineingeht, um sich einfach diese Frage nach Verantwortlichkeiten stellen und rekapitulieren zu können. Die Gliederung lässt meines Erachtens schon den etwas weiteren Zugriff erahnen.

Ich sehe die zentralen Mittel zur Sicherung des Erkenntnisfortschrittes in zwei Elementen: Zum einen basiert die Studie auf wesentlich breiterer Quellen- und Literaturrecherche als alle vorhergehenden Studien nach meiner Kenntnis getan haben. Also auch der Integration von viel Material aus ausländischen Archiven. „National Archives“ aus den USA sind hier zu nennen; osteuropäische, britische Archive, neben den einschlägigen deutschen Archiven. Auch das Militärarchiv in Freiburg oder die „Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht“ hat viel Material gebracht. Das wird ergänzt durch eine – für mich selber auch überraschende – stupende Zahl an gedruckter Quellenüberlieferung. Also von Erinnerungsliteratur, oft grauer Literatur, die nur ganz schwer zu greifen ist, die Herr Ehm aber in jahrzehntelanger Arbeit gesucht, gefunden und in diese Studie integriert hat. Das ist der eine Punkt, der ein neues Niveau garantiert. Und das zweite sind geweitete analytische Perspektiven, Leitfragen, ein neuer Zugriff, der eben die Form der Annäherung an die Thematik von den vorhergehenden etwas unterscheidet. Das findet sich dann auch in den Detailergebnissen in der Folge. Ich nenne nur vier Punkte:

- Stellen lokaler Ereignisse in den größeren Kontext – räumlicher, institutioneller und sachlicher Art. Das hatte ich schon erwähnt; auch im Zuge der Gliederung spielt das eine Rolle. Nur so kann man die lokalen Vorgänge verstehen und richtig einordnen.
- Möglichst exakte Rekonstruktion der militärischen Abläufe – auch dafür hat sich vor allem Herr Ehm verantwortlich gezeigt – der Fortverlagerungen, Zuständigkeiten. Auch das ist wichtig zur Klärung.
- Der Blick auf die gleitende Übergangsphase von der ausgehenden Kriegszeit zur beginnenden Nachkriegszeit, die im sozialhistorischen Alltag oft keine so starke Zäsur erkennen lässt wie es in der politischen Geschichtsschreibung womöglich ist.
- Quellen- und Historiographiekritik. Ich habe erwähnt – und das steht ja im Ausgang der Studie – die vielen Erzählungen und Interpretationen, die es zu diesem Vorgang schon gibt, die gehören natürlich kritisch rekapituliert. Auch selbstkritisch übrigens rekapituliert, weil das ist ja auch eine weitere Erzählung, die Herr Ehm und Herr Dr. Smolorz bieten. Und sie gehören in ihrer Eigendynamik rekapituliert. Das ist ja nichts, was „sine ira et studio“ passiert, dass man eins zu eins das Kriegsende abbildet, sondern dass damit eigene geschichtspolitische Intentionen verbunden sind – je nachdem ob eine Erzählung in den fünfziger Jahren oder in den achtziger, neunziger Jahren unter geänderten erinnerungskulturellen Rahmenbedingungen stattfindet. Soviel von meiner Seite. Für die eigentlichen Ergebnisse – die uns wichtig erscheinen, die aber nicht das Ganze der Studie abbilden können – gebe ich das Wort an die Kollegen Smolorz und Ehm.“

Vortrag von Hrn. Dr. Roman Smolorz:

„Meine Damen und Herren, betrachtet man das Kriegsende nicht als ein punktuelles Ereignis, sondern als eine Entwicklung, wird der Blick – wie Hr. Prof. Dr. Löffler bereits ausgeführt hat, das war unser methodischer Ansatz. Man richtet den Blick auch auf die Zeit vor dem formalen Kriegsende am 27. April 1945. So wurden in Regensburg angesichts der bereits 1944 feststellbaren allgemeinen Kriegsmüdigkeit vier Widerstandsgruppen nachgewiesen. Zwei davon rekrutierten ihre Mitglieder sowohl beim Militär – besonders innerhalb der Panzer-Grenadier-Ersatz-Bataillon 20 in Regensburg – als auch innerhalb der Regensburger Stadtgesellschaft. Es handelte sich zum einen um die „Organisation Bauernhaus“ und zum anderen um „Das Neue Deutschland“. Zwei weitere Gruppen waren von zivilem Charakter. Es waren Personenkreise um Dr. August Elsen, Direktor der Brauerei Bischofshof, und um den Verleger Dr. Josef Held. Letztere zwei Personenkreise hatten Verbindungen zu Widerstandsgruppen der Freiheitsaktion Bayern in Nürnberg und in München. Und sie waren damit sozusagen ein Bindeglied zwischen Nord- und Südbayern.

Ein zweiter Punkt, der mit der Widerständigkeit gegenüber den nationalsozialistischen Machthabern zu tun hat, ist die Demonstration der Regensburger am 23. April 1945. Infolge der Kundgebung wurden – wie Sie wissen – drei Personen ermordet, unter anderem der Domprediger Dr. Johann Maier. Über die Urheber dieser Demonstration schweigen sich die Quellen aus. So bleibt der Ursprung für die Forschung nach wie vor eine offene Frage. Eines gilt allerdings als festgestellt: Es besteht kein kausaler Zusammenhang zwischen dieser Kundgebung und der formalen Kriegsübergabe, also der kampfflosen Übergabe der Stadt an die Amerikaner. Übrigens lässt sich auch ein Zusammenhang zwischen dem Kriegsende und den Widerstandsgruppen kausal nicht nachweisen.“

Vortrag von Hrn. Rainer Ehm:

„Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren. Ich darf jetzt in der Reihe fortfahren und ich hoffe, dass wir nicht in einer Stunde immer noch hier sitzen, weil eigentlich könnte ich Ihnen abendfüllend ein Faktum nach dem anderen bieten – wobei ich überzeugt bin, dass 90 % davon bisher völlig unbekannt sind. Es ist uns – glaube ich – gelungen, doch im Zuge dieser Recherche einige Aspekte aufzuzeigen, die bisher völlig fremd waren. Ich muss mich jetzt beschränken auf zwei Positionen dazu. Vor allem zu dem Aspekt der militärischen Entwicklung 1944/45 konnten wir Dinge erforschen, die absolutes Neuland waren. Etwa der Einsatz von zwölf OSS-Agenten im direkten Raum Regensburg; im Umland und der Stadt selbst. Es gab zwar seit den achtziger Jahren in der Literatur immer wieder Hinweise darauf, dass da etwas gewesen sein soll. Ich habe das selber nie richtig ernst genommen, weil das klang alles... Irgendwie hat das nicht dazu gepasst. Nachdem wir in Washington die entsprechenden Akten durchforstet haben – und das war nicht einfach, weil die Registratur immer noch nach Geheimdienstkriterien abgelegt ist; das war eine ziemliche Arbeit – hat sich dann doch herausgestellt, es gab fünf Zwei-Mann-Teams. Konkret: Zwei Polen, zwei Franzosen, vier Belgier und zwei Deutsche – wobei ich ergänzen muss: Zwei deutsche Kommunisten aus dem britischen Exil, von denen einer auch ein gebürtiger Bayer war. Wie gesagt, im Detail könnte man viel erzählen. Warten Sie ab, bis das Buch erscheint! Allein das ist schon ein Aspekt, der sehr viel Hintergrund hat. Zwei dieser Teams waren außerordentlich erfolgreich aus Sicht der Amerikaner mit ihrer Informationsbeschaffung und auch die Übermittlung per Funk. Zwei dieser Agenten werden in dieser Nacht vom 26. auf den 27. April 1945 – in den letzten Jahren wurde immer gestritten, ist denn nun die Kampftruppe abgezogen, ja oder nein? – in einem Unterstand an der Reichsstraße nach Landshut liegen und die LKWs zählen. Auch von der Seite kommen zu dieser Übergabe-Geschichte neue Informationen.

Der zweite Aspekt, der hier und heute angesprochen sein soll, ist die im Raum Regensburg vielleicht gar nicht mal so unbekannt Sache der Giftgasverlagerung, speziell in die damalige Munitionsanstalt Schierling. Da gibt es auf deutscher Seite bis Mitte April relativ viele Akten und Unterlagen dazu. Es ging in erster Linie um die sogenannten Spitzenkampfstoffe, sprich Nervengifte, also Tabun und Sarin. Man wusste letztendlich nicht mehr, wohin mit diesen Dingen. Die Lagerflächen waren hoffnungslos erschöpft. Man lagert das ja zum Teil in offenem Waldgelände. Und es ist ein bisschen schockierend, wenn man sich vorstellt, dass zwei komplette Güterzüge mit je 45 Waggons Tabun-Bomben nachweisbar am 15. April an der Regensburger Donaulände in Donauschiffe verladen werden – zwischen zwei großen Luftan-

griffen, wenn man so will – um dann völlig unbezeichnet irgendwo im Gelände vor und nach Straubing abgestellt zu werden. Deutscherseits die Befehlslage – direkt zuletzt von Hitler so bestätigt über Keitel – nicht auszeichnen, nichts den Alliierten verraten, auch nicht über Neutrale. Und da war es dann wichtig – was Herr Prof. Dr. Löffler vorhin angesprochen hat – dass wir uns wirklich auch konkret damit befasst haben über die Zuständigkeiten. Es gibt einen Aspekt, der meines Erachtens in vielen Darstellungen oft zu wenig Berücksichtigung findet: Dass es auf deutscher Seite ab 22./23. April eine völlige Umkehrung der Strukturen gibt. Da der Südraum sozusagen selbstständig wird, sind hier plötzlich Dinge möglich, die 24 Stunden vorher noch unmöglich waren: Man stellt zum Teil Befehlslagen auf den Kopf. Nicht nur hinsichtlich dem Umgang mit diesen Kampfstoffen, sondern wir haben auch noch andere Beispiele, etwa die Bemühungen der Kleinstadt Abensberg, zur Lazarettstadt erklärt zu werden: 24 Stunden vorher noch unmöglich, plötzlich geht es. Also, es passieren Dinge, die eben mit dieser Strukturänderung zusammenhängen. Man beginnt von München aus auf höchsten Ebenen, die Übergabe solcher Bestände vorzubereiten – dazu lassen sich auch ein paar andere Orte nachweisen – was dann dazu führt, dass offizielle Delegationen oberster Leitung bei den Amerikanern vorsprechen. Wenn dann in den amerikanischen Unterlagen zu solchen Parlamentären steht: „They’re claiming to represent the Supreme Commander“, also wirklich eine Mordsaufregung, auch auf amerikanischer Seite. Die Stäbe sind mit nichts anderem mehr beschäftigt, sie halten sogar ihre Telefongespräche in Resümees fest – eine hochspannende Geschichte. Das führt hier für etwa 24 Stunden zu einer Art Blockade des Krieges. Man steht – um es bildlich zu sagen – mit dem einen Fuß auf dem Gas, mit dem anderen Fuß auf der Bremse. Es ist faktisch zwischen so vielen Schutzgebieten kaum mehr möglich, Krieg zu führen. Und es kommt dann ja auch zu Übergaben dieser ganzen Kampfstoffe. Letztendlich ist auch hier ein Bezug zur Freiheitsaktion Bayern feststellbar gewesen. Der Initiator dieser ganzen Übergaben scheint – mit einer gewissen Unsicherheit – Oberst i. G. Otto Petzolt gewesen zu sein, Luftgaukommando München, der nachweislich einer der Hauptfiguren der Freiheitsaktion Bayern war. Das ist auch ein interessanter Aspekt.

Der nächste Aspekt, der Sie wahrscheinlich am meisten interessiert: Was ist denn nun eigentlich am 27. April hier passiert? Wir standen vor einem Berg an Legenden. Wenn man das synoptisch dargestellt hat, wusste man bald nicht mehr, wann wer wo was getan hat. Das, was einzelne Personen im Laufe von Jahrzehnten getan haben wollen – mal war es vormittags um 9 Uhr, dann wieder nachmittags um 15 Uhr – das hat alles nicht zusammengepasst. Wir haben uns wirklich akribisch bemüht, alles auseinander zu dividieren und vor allem mit amerikanischen Armee-Unterlagen abzugleichen. Wir sind jetzt wirklich soweit, die Geschichte der Übergabe minutiös darzustellen. Was jetzt Voraussetzung ist: Es hat in Regensburg – und das war hier wohl immer bekannt – zwei Vorgänge gegeben. Und zwar eine zivile Übergabe und eine militärische Kapitulation. Das ist sehr ungewöhnlich. Normalerweise bedeutet in dieser Zeit eine militärische Übergabe gleichzeitig eine Kapitulation. An einer zivilen Übergabe einer Stadt sind die Amerikaner nicht sehr interessiert, weil das die Militärs nicht von ihrer Waffenberechtigung entbindet. Sie kennen das aus Dorf-Chroniken: Der Bürgermeister schreitet mit der weißen Fahne hinaus. Die erste Frage der Amerikaner: „Sind Soldaten am Ort?“ Eben weil das ein ganz anderer Aspekt ist. Warum in Regensburg die Reihenfolge so ungewöhnlich abläuft, ist letztendlich nicht klärbar. Der Hintergrund ist: Major Matzke und Oberbürgermeister Schottenheim hatten sich abgesprochen. Der Hintergrund ist, dass Leythäuser – der Schwager von Schottenheim, also General a. D. – bei den Amerikanern in Sarching eintrifft und dort ausschließlich in ziviler Angelegenheit spricht. Das ist anhand amerikanischer Quellen hundertprozentig belegbar. Auch die Übergabeerklärung der Stadt – die er dort kurz nach zehn Uhr unterschreibt und die um 14 Uhr wirksam wird – ist ausschließlich auf zivil bezogen. Es ist nur von der „City“ die Rede, nichts vom Militär. Er sagt auch, es ist kein Militär mehr am Ort – was amerikanischerseits bekannt ist, dass das nicht stimmt. Zur selben Zeit kommt von der anderen Seite der Stadt, also vom Westen her, eine Abordnung dieser bei Matting über die Donau gegangenen Division in aller Eile in die Stadt. Diese Division ist eigentlich zuständig für Regensburg, fährt unter weißen Fahnen zur Kommandantur am Petersweg – also dem Ostflügel des Schlosses – und erwartet, dass dort die restliche Garnison der Stadt kapituliert. Vor der Kommandantur wartet ein Major Matzke, wie er es auch selber dargestellt hat. Er ist aus amerikanischer Sicht so etwas wie der „Senior Officer“. Von ihm erwartet man jetzt die militärische Übergabe. Und wir haben das Glück,

dass wir die Erinnerungen des Dolmetschers dieses Regiments gefunden haben: Er will das nicht machen. Sondern er hält sich immer noch anscheinend an die Absprache mit Schottenheim; er hätte gern, dass ein General das macht – sprich Leythäuser – der nicht vor Ort ist, also wird er wieder herbeigeholt. Das zieht sich dann bis 14 Uhr hin. Zu dem Zeitpunkt rücken die anderen amerikanischen Divisionen schon von Osten ein. Kurz nach zwei Uhr wird dann die militärische Kapitulation vor dem Schloss vollzogen. Und daraufhin wird die Truppe von Osten her zurückberufen. Warum Matzke in dem Moment kneift, werden wir nie klären können. Ist es ein Missverständnis hinsichtlich seiner Absprache mit Schottenheim? Oder hat er andere Gründe? Wir wissen es nicht und wir werden es auch nicht klären können.

In den letzten Jahren wurde dazu sehr viel publiziert und diskutiert. Der eigentliche Anlass zu unserer Arbeit war ja das Buch von Eiser und Schießl, was wir auch sehr genau unter die Lupe genommen haben. Vieles von dem, was dort erwähnt wird, ist eigentlich nicht haltbar. Auf viele Details sind wir gar nicht eingegangen, weil sie eigentlich aus unserer Sicht thematisch zu weit führen. Es gibt allerdings auch Aspekte bei der Arbeit von Eiser und Schießl, denen wir zustimmen. Wir haben gleichzeitig die Rolle von Major Bürger – Sie alle wissen, der Aufsatz von Herrn Bürger aus dem Jahr 1983 hat die ganze Debatte ursprünglich auf den Weg gebracht – näher unter die Lupe genommen. Vieles von dem, was Bürger schreibt und erzählt, ist nicht haltbar. Man muss Schießl und Eiser auch zustimmen, diese „Schleichweg-Geschichte“ ist letztendlich... Ich weiß nicht, was das soll. Auch das lässt sich wirklich im Detail belegen, auch mit amerikanischen Darstellungen, dass das nicht gewesen sein kann. Ich darf als Beispiel nennen: Als Bürger 1955 zum ersten Mal sein Tagebuch – was er ja später als offizielles Kriegstagebuch verkaufen wird – zur Veröffentlichung freigibt im Tagesanzeiger, stehen darin noch Dinge wie: Obertraubling sei am 26. April noch feindfrei. Im Aufsatz aus dem Jahr 1983 heißt es dann, Obertraubling sei amerikanisch besetzt. Und es war zu diesem Zeitpunkt noch nicht amerikanisch besetzt. Noch am Morgen vom 27. April steht die amerikanische Truppe südwestlich Sarching. Weder Barbing noch Harting oder Obertraubling – da steht noch kein einziger amerikanischer Soldat.

Zur Übergabe der Stadt am Emmeramsplatz: Zur Rolle von Matzke habe ich schon ein bisschen vorgreifend gesprochen. Er ist zwar zugegen, will das aber selber nicht vollziehen. Die Aufgabe wird wieder Leythäuser übertragen, den man extra nochmal herbeiholt – auch das ist minutiös nachweisbar – sodass Herr Leythäuser viel beschäftigt ist. Umso überraschender ist es, dass er hinterher so gut wie nie etwas davon erzählt hat. Selbst in den „Passierscheinen“ von Schottenheim sind die Stellungnahmen seines Schwagers Leythäuser auffallend. Sie sind nämlich meist nicht länger als fünf bis sechs Zeilen. Er sagt nichts dazu. Warum? Wir können ihn nicht mehr fragen.

Jedenfalls, zusammenfassend: Die Übergabe dieser Stadt, die Rekapitulation der Rest-Garnison ist ein bisschen ungewöhnlich, aber sie lässt sich ziemlich im Detail rekapitulieren. Dass Schottenheim und auch Hans Herrmann hinterher öfter davon gesprochen haben, sie hätten im Schloss oder in der Kommandantur etwas wiederholen müssen. Das ist ganz anders. Man holt beide am Nachmittag unter Bewachung aus dem Rathaus. Bei Schottenheim heißt es, Parlamentäre holen ihn ab – also er definiert das einfach anders – bringt sie zum Schloss, sozusagen zum Befehlsempfang zu den neuen Herren. Und dieser Befehlsempfang – bei dem sie ihm nochmal einschärfen: „Sie haften jetzt mit Ihrem Kopf, dass nichts weiter passiert“ – wird halt einfach interpretiert als sozusagen eine Wiederholung der Übergabe. Das kann jetzt einfach selber so verstanden worden sein von beiden, es kann auch eine nachträgliche Interpretation sein. Das will ich offen lassen, das können wir weder belegen noch beweisen. Trotzdem, wir sind jetzt soweit, dass man die Ereignisse an diesem 27. April minutiös nachvollziehen kann. Das war eine interessante, spannende Arbeit. Und ich glaube, wir könnten nochmal zwei Jahre dranhängen, in den Archiven weltweit gibt es noch so viele Dinge. Ich war selber teilweise fassungslos, was da noch überall zu Regensburg zu finden ist. Mögen andere damit weitermachen. Die letzte Passage geht wieder an Herrn Löffler.“

Hr. Prof. Dr. Löffler:

„Es gibt keine letzte Passage; das war ein schönes Schlusswort.“

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer weist darauf hin, voraussichtlich erscheine das Buch im Frühjahr 2019.

Hr. Prof. Dr. Löffler bestätigt, vermutlich komme es im März oder April 2019 auf den Markt.

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer bedankt sich bei den drei Herren für die Zusammenfassung und äußert, sie sehe der Veröffentlichung gespannt entgegen. Anschließend lässt sie die Ausschussmitglieder über die Kenntnisnahme abstimmen.

Beschluss:

Der Kulturausschuss nimmt den mündlichen Bericht über die Ergebnisse des Forschungsprojektes zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

zu 7 **Übergangsweise Erhöhung des Zuschusses der Stadt Regensburg für den Historischen Verein für Oberpfalz und Regensburg**
Vorlage: VO/18/14624/45

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt:

Der Zuschuss für den Historischen Verein für Oberpfalz und Regensburg soll für den Zeitraum 2019 bis 2022 auf 11.000 Euro pro Jahr erhöht werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

zu 8 Provenienzforschung an den Museen der Stadt Regensburg
Vorlage: VO/18/14681/44

Diskussion:

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer teilt mit, die mit der Provenienzforschung beauftragte Mitarbeiterin, Fr. Maria Lang, stehe heute für Fragen zur Verfügung.

Fr. Stadträtin Neuner geht davon aus, mit dieser Vorlage solle der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion "NS-Raubkunst in städtischen Museen und Sammlungen" vom 25.05.2018 beantwortet werden.

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer bestätigt dies.

Fr. Stadträtin Neuner bedauert, dass im Sachverhalt kein Bezug zum Antrag hergestellt werde. Befremdlich sei außerdem, dass der Bericht nicht in der Sitzung des Kulturausschusses am 11.07.2018 vorgelegt worden sei. Denn in der Mittelbayerischen Zeitung sei kurz danach ein hervorragender Artikel zur Provenienzforschung mit dem Titel „Regensburger Juden wurde alles geraubt“ erschienen. Sie kritisiert, dass die Mittelbayerische Zeitung diese Informationen früher als die Stadtratsmitglieder erhalten habe.

Generell enthalte die Vorlage viele hinlänglich bekannte Informationen. Einiges habe zum Beispiel bereits ein Artikel der Süddeutschen Zeitung vom 02.12.2016 mit dem Titel "Fundstücke – Und da hätten wir noch dies..." aufgezeigt. Außerdem seien die Angaben unstrukturiert und unzureichend ausgeführt. Konkret würden nur drei sicherlich belastete Objekte aus der jüdischen Kunsthandlung Theodor Einstein & Co. in München benannt. Im bereits erwähnten Artikel der Mittelbayerischen Zeitung sei von weiteren 30 Objekten aus dem Bestand dieser Kunsthandlung mit dem Kriterium „möglicherweise belastet“ die Rede. Ob es sich dabei um Bilder, Möbel, Teppiche oder Schmuckstücke handle, sei nicht bekannt. Deswegen bittet sie um eine detaillierte Auflistung.

Darüber hinaus berichte die Mittelbayerische Zeitung, im Jahr 1939 habe das Historische Museum ein umfangreiches Konvolut an Trachtenschmuck sowie jüdische Kultgeräte erworben. Sie stellt infrage, ob diese Gegenstände tatsächlich im Museum verbleiben sollten. Vielmehr solle man diese der jüdischen Gemeinde – insbesondere für die neue Synagoge – zur Verfügung stellen.

Des Weiteren bemerkt sie, im Sachverhalt würden die Bemühungen des Museums ausführlich geschildert. Allerdings sei ihrer Ansicht nach die Provenienzforschung zu umfangreich für eine Mitarbeiterin. Sie empfiehlt daher, externe Berater/-innen hinzuzuziehen, zum Beispiel Fr. Waltraud Bierwirth. Mit ihrer vorbildlichen Rechercharbeit in dem Buch „Die Firma ist entjudet“ habe Fr. Bierwirth Fakten und Namen von Regensburger Juden gesammelt und deren Ausplünderung detailliert beschrieben. Mit Sicherheit werde sich das Buch für die weitere Arbeit als dienlich erweisen. Denn darin aufgeführten Objekten aus der Plünderung jüdischer Wohnungen – z. B. 28 Bilder sowie Teppiche und Möbel – solle man nachgehen. Möglicherweise befänden sich die Gegenstände auch an anderen Orten als dem Historischen Museum, zum Beispiel in verschiedenen Amtsräumen.

Zuletzt erkundigt sie sich, wann man mit dem endgültigen Ergebnis der Provenienzforschung rechnen könne und in welcher Form dieses präsentiert werde. Unlängst habe sie gelesen, in Würzburg würden die gefundenen Bilder inklusive der Lebensläufe der ehemaligen Eigentümer als Raubgut im Rahmen einer großen Ausstellung im Museum gezeigt. Sie hofft, dass am Ende der Recherchen eine Broschüre erarbeitet und veröffentlicht werde.

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer stimmt zu, der heutige Zwischenbericht erfolge tatsächlich auf Antrag der SPD-Stadtratsfraktion.

Sie bestätigt, nur eine städtische Mitarbeiterin sei mit 70 % ihrer Arbeitszeit mit der Provenienzforschung betraut. Vielleicht sei dies zu wenig. Ihres Erachtens komme es aber nicht darauf an, möglichst schnell zu einem Endergebnis zu gelangen. Sondern es solle ein möglichst

umfassendes Ergebnis erarbeitet werden. Grundsätzlich müsse man sich überlegen, ob dieses Wissen publiziert oder im Rahmen einer Ausstellung präsentiert werden solle. Sie stellt klar, heute werde lediglich ein komprimierter Zwischenbericht vorgelegt und keine vollständige Übersicht aller Gegenstände.

Fr. Dr. Gerstl berichtet, Fr. Lang arbeite inzwischen seit zwei Jahren an der Thematik. Sie habe die Inventarbestände des Museums eingehend untersucht, verschiedenen Datenbanken und Informationsquellen genutzt und sich vernetzt, z. B. mit der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen. Dort existiere eine Arbeitsgruppe, die sich speziell mit der Provenienzforschung befasse. Die Arbeit sei insgesamt sehr mühselig und komplex. Nicht immer könnten die Objekte eindeutig identifiziert werden, denn die Beschreibungen seien bisweilen sehr summarisch. Teilweise handle es sich um Serienprodukte, die in hundert- oder tausendfacher Auflage gefertigt worden und daher nicht individuell zuordenbar seien. Manchmal seien die Hintergründe auch nicht mehr erhalten oder es müsse diffizilen Spuren nachgegangen werden. Die Provenienzforschung befinde sich im Fluss. Obwohl Fr. Lang bereits vieles herausgefunden habe, werde diese Aufgabe noch über einen längeren Zeitraum erforderlich sein.

Fr. Lang informiert, die 30 möglicherweise belasteten Objekte gehörten nicht zum Besitz der ehemaligen jüdischen Kunsthandlung Einstein. Im Zeitungsartikel sei dies missverständlich dargestellt. Sondern es betreffe Erwerbungen aus dem Auktionshaus Weinmüller, die zwar möglicherweise belastet seien, aber aus anderen Provenienzen stammten.

Zu den 28 Bildern aus dem Buch von Fr. Bierwirth äußert sie, die Verkaufsniederschrift aus der „Aktion 3“ sei ihr natürlich bekannt. Diese befinde sich nämlich im Bestand des Stadtarchivs Regensburg. Demnach habe der Oberbürgermeister die Bilder für das Stadttheater angekauft. Sie habe selbstverständlich nachgefragt, ob weitere Dokumente zur Verfügung gestellt werden könnten. Leider sei dem nicht so und es blieben nur wenige Anhaltspunkte für eine weitere Forschung. Den Kenntnissen zu Formaten, Techniken oder weiteren Erläuterungen lägen nicht vor.

Sie bekräftigt, oftmals habe sie mit Objekten regionaler Herkunft zu tun, die seriell hergestellt worden seien; dies erschwere die Identifikation. Selbst mithilfe von Rückerstattungs- und Wiedergutmachungsakten deckten sich die vorgefundenen Objekte nicht mit den summarischen, wenig detaillierten Beschreibungen. Auch ansonsten sei die Quellenlage bei seriell hergestellten Produkten deutlich erschwert: Die Objekte seien mehrfach vorhanden und der Künstler unbekannt. Deshalb werde versucht, die betroffenen enteigneten Personen unter der NS-Gewaltherrschaft sukzessive einzukreisen. Jedoch sei dies mit einem hohen Rechercheaufwand und häufig mit nur wenigen neuen, konkreten Ergebnissen verbunden.

Im Übrigen weist sie darauf hin, ein entscheidender Erfolg sei in Bezug auf die Kunsthandlung Einstein eingetreten. Durch Nachforschungen im Hauptstaatsarchiv München gebe es deutliche Hinweise auf noch lebende Anspruchsteller. Aus juristischer Sicht müssten diese alle zum selben Zeitpunkt angesprochen werden. Deshalb könne sie dazu momentan keine weiteren Auskünfte erteilen.

Bezüglich der jüdischen Kultgegenstände, die während der Zeit der NS-Gewaltherrschaft ins Museum gelangt seien, werde weiterhin recherchiert. Diese seien bereits aufgenommen und dokumentiert; derzeit werde eine Zusammenstellung erarbeitet.

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer vermutet, die jüdischen Kultobjekte gehörten Familien. Sie wiederholt, sobald gewisse Ergebnisse vorlägen, müsse man sich eine weitere Vorgehensweise überlegen. Darunter falle auch eine mögliche Übergabe an die jüdische Gemeinde.

Hr. Unger ergänzt, schon vor zwanzig Jahren habe Hr. Rosengold zu ihm gesagt, bei unbekanntem Eigentümern seien die Gegenstände im Museum gut aufgehoben. Selbstverständlich könne man mit der jüdischen Gemeinde über eine entsprechende Präsentation diskutieren. Darüber müsse aber letztendlich der Stadtrat entscheiden; hierfür würden zu gegebener Zeit Vorschläge erarbeitet.

Fr. Stadträtin Meier weiß, bei der Stadt Regensburg existierten 50 schriftliche Anträge von überlebenden Juden auf Wiedergutmachung. Der Stadtrat habe am 21.02.1956 beschlossen, diese allesamt zurückzuweisen, weil dafür die Bundesrepublik Deutschland zuständig sei. Eventuell könne man die Herkunft einiger Objekte anhand dieser Briefe ermitteln. Ferner habe im Jahr 1933 der damalige Vorsitzende des Historischen Vereins viele Werke günstig vom Kunsthändler Hugo Helbing aus München angekauft. Überdies erzählt sie, die Städtische Galerie zeitgenössischer Kunst Ostbayerns sei im Jahre 1966 in die Stiftung Ostdeutsche Galerie umgewandelt worden. Sie möchte wissen, ob vielleicht diese Einrichtung – die bekanntermaßen einen Grundstock von der Stadt erhalten habe – über jüdische Besitztümer verfüge. Sie regt an, diesbezüglich mit dem Kunstforum Ostdeutsche Galerie (KOG) Verbindung aufzunehmen und ggfs. einige Gegenstände zu überprüfen.

Hr. Unger versichert, die Hinweise würden verfolgt. Bislang habe man sich ausschließlich auf das Historische Museum konzentriert. Doch es gebe weitreichende Verzweigungen; deswegen gestalteten sich die Nachforschungen mitunter kompliziert. Über die Ergebnisse werde den Ausschussmitgliedern zu gegebener Zeit berichtet.

Fr. Lang nimmt an, die angesprochenen 50 Briefe lägen im Stadtarchiv zu den Rückerstattungsverfahren von Schmuckgegenständen vor. Damals sei tatsächlich beschlossen worden, diese Anträge abzulehnen. Die benannten Familien sowie die beschriebenen Objekte im Bestand seien aktuell sogar überprüft worden, aber bislang hätten sich keine neuen Erkenntnisse oder zentrale Hinweise ergeben.

Der Kunsthändler Hugo Helbing sei ihr ebenfalls ein Begriff. Laut Sachverhalt existierten nach einer ersten Erschließung der Altregistratur ca. 100 weitere Gegenstände, die intensiv in Einzelfallrecherchen erforscht werden müssten. Dazu lieferten verschiedene Auktionshäuser zentrale Verdachtsmomente als Anhaltspunkte, denen sie nachgehen werde.

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer hält die Forschung für enorm wichtig, ebenso die spätere Präsentation der Ergebnisse. Dass man sich mit der Rückgabe der Objekte beschäftige, sei selbstverständlich. Aber sicherlich könnten einige Gegenstände nicht mehr zum Besitzer oder Erben zurückverfolgt werden. Die Stadt sei dazu verpflichtet, sich um diese Objekte aus den Beständen des Museums, der Ostdeutschen Galerie oder aus Amtsräumen zu kümmern. Dabei würden sämtliche Anregungen gerne aufgenommen.

Möglicherweise könne man dies sogar gemeinsam mit der Stabsstelle Erinnerungs- und Gedenkkultur aufarbeiten, schließlich überschneiden sich die Aufgabenfelder inhaltlich. Sie glaubt, dass gute Lösungen für einen Umgang mit diesen Gütern gefunden würden.

Sie schlägt vor, einmal pro Jahr einen Sachstandsbericht vorzutragen sowie ggfs. Zwischenergebnisse in Ausstellungen, Broschüren oder Statements zu verarbeiten und geht anschließend zur Abstimmung über.

Beschluss:

Der Kulturausschuss nimmt vom Bericht der Verwaltung zum Stand der Provenienzfor-
schung an den Museen der Stadt Regensburg Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

**zu 9 Wettbewerb für Kunst im öffentlichen Raum - Neubau der Kreuzschule Regensburg
mit Kinderhort
Auftragsvergabe
Vorlage: VO/18/14753/44**

Diskussion:

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer teilt mit, das Modell des Siegerentwurfes stehe zur Veranschaulichung im Sitzungssaal bereit.

Hr. Dr. Meyer erläutert den Sachverhalt und ergänzt, nur der Entwurf von Florian Froese-Peeck aus München habe das alte Jahnstadion aufgegriffen und sich wirklich mit der Vergangenheit dieses Ortes auseinandergesetzt. Damit solle letztlich an ein Stück städtische Sportgeschichte erinnert werden. Zudem habe der Künstler viel Grün und Bäume angedacht, womit die Idee des Stadions wieder etwas durchbrochen werde. Insgesamt solle durch die Mischung aus einem verkleinerten Jahnstadion mit Originalelementen, Sitzgelegenheiten und Begrünung eine begehbare, aktiv benutzbare Skulptur entstehen.

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer fügt an, hier werde mit den Proportionen gespielt. Generell sei die Skulptur eine verkleinerte Darstellung des ehem. Jahnstadions, aber einige Details würden in Originalgröße installiert. Das Gartenamt habe jedoch bereits Befürchtungen aufgrund des Fußballrasens unter den Bäumen geäußert. Sie zeigt sich aber zuversichtlich, dass eine passende Lösung gefunden werde.

Hr. Dr. Hammerl wirft ein, der Siegerentwurf gefalle ihm sehr gut, bis auf die Bäume.

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer erwidert, die Bäume spendeten Schatten und sorgen für bessere Luft.

Hr. Dr. Meyer denkt, insgesamt werde sich durch die begehbare Skulptur die Aufenthaltsqualität auf dem Quartiersplatz deutlich erhöhen.

Hr. Stadtrat Suttner erkundigt sich, was mit den aus dem Jahnstadion geretteten Malereien geschehen sei.

Hr. Unger informiert, diese seien damals sachgemäß von einem Restaurator abgenommen worden. Allerdings habe der Künstler Max Wiesner die Bilder zum Teil auf Strohmatten und einer dünnen Schicht aus Putz gemalt. Eine Restaurierung wäre sehr kompliziert und aufwändig, deshalb habe man vorerst davon abgesehen. Die Malereien seien nun im Depot verwahrt.

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer pflichtet bei, die Restaurierung wäre ein eigenes Projekt. Im Übrigen wären die Bilder sofort kaputt, würde man sie wieder im Außenbereich anbringen.

Beschluss:

Der Kulturausschuss beschließt, den Wettbewerbsbeitrag von Florian Froese-Peeck aus München für den Wettbewerb für Kunst im öffentlichen Raum – Neubau der Kreuzschule mit Kinderhort realisieren zu lassen. Der Kulturausschuss folgt damit der Empfehlung des Preisgerichts vom 12.09.2018.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

zu 10 Erstellung eines Dächerkatasters
Vorlage: VO/18/14687/45

Diskussion:

Fr. Stadträtin Freihoffer hält es für nachvollziehbar, dass die Kirchendächer nicht erfasst würden, da dort vermutlich kein Dachausbau erfolge. Dahingegen sollten Gebäude ab dem Jahr 1970 in das Kataster aufgenommen werden, auch wenn diese nicht historisch seien. Für das Gesamtbild der Altstadt spielten die Dächer gleichwohl eine Rolle.

Darüber hinaus bedauert sie, dass in den Neubaugebieten überwiegend Flachdächer entstünden, was zu einer monotonen Dachlandschaft führe. Meist würden die Flachdächer nur mehr als funktionale Flächen für Dachaufbauten zur Energiegewinnung betrachtet. Ihres Erachtens werde sich dieser Trend fortsetzen, deswegen sei die Erstellung eines Verzeichnisses wichtig.

Fr. Stadträtin Kunc begrüßt das Vorhaben ebenfalls. In den letzten Jahren habe sie festgestellt, dass die Anzahl an Dachgauben in Regensburg deutlich gestiegen sei. Früher seien diese aus Denkmalschutzgründen häufig nicht erlaubt worden. Offensichtlich habe sich dies geändert. Das Dächerkataster solle dazu dienen, den Bestand und die Veränderungen ordentlich zu dokumentieren; dafür werde sicherlich viel Zeit und Personal benötigt. Mit den Einzelheiten müsse sich aber letztendlich die Bauordnung auseinandersetzen.

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer denkt, das Konzept werde sowohl den exakten Zeit- als auch den Personalaufwand beinhalten.

Hr. Unger glaubt, die Gebäude ab den 70er Jahren entfielen, weil damals ohnehin meist Flachdächer errichtet oder das Dach für Wohnzwecke ausgebaut worden sei. Eine detaillierte Antwort werde er nachreichen.

Fr. Stadträtin Freihoffer möchte wissen, welche Rolle der Denkmalschutz bei laufenden Bauanträgen auf einen Ausbau des Dachgeschosses generell spiele bzw. ob die Kommune dies aus Denkmalschutzgründen versagen könne. Schließlich hätten laut Sachverhalt im September 2017 nur noch 17 % ein nicht zu Wohnzwecken ausgebautes Dach besessen.

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer erklärt, die prozentuale Angabe beziehe sich lediglich auf die untersuchte Wahlenwacht.

Fr. Stadträtin Freihoffer meint, das Dächerkataster solle helfen, künftig mehr bewahren zu können. Sie fragt, ob dies zutrefte und welche Möglichkeiten bestünden, damit die Eingriffe weniger gravierend ausfielen.

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer erläutert, sobald ein Dachgeschoss ausgebaut sei, könne man keine Untersuchung des ursprünglichen Dachstuhls mehr durchführen.

Hr. Unger führt aus, selbstverständlich werde die Denkmalpflege beim Dachausbau einbezogen, denn jedes Gebäude in der Altstadt falle unter den Ensembleschutz. Es sei sinnvoll, zunächst den Bestand zu erfassen, um schnell agieren und verantwortungsbewusst damit umgehen zu können. Natürlich sei ein Ausbau stets ein Spagat zwischen dem Denkmalschutz und der Schaffung von Wohnraum. Genau dies werde in der Denkmalrunde entsprechend abwägend behandelt, stets unter Einbeziehung der Oberen Denkmalschutzbehörde.

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer ergänzt, zudem wäre der eigentliche Zustand durch ein Dächerkataster bereits dokumentiert, wenn irgendwann Änderungen genehmigt würden.

Hr. Stadtrat Dr. Hammerl bestätigt, die Belange der Denkmalpflege, der Bevölkerung und des geschichtlichen Hintergrunds der Stadt müssten bedacht werden. Allerdings müsse über die Denkmaltopographie ein Großteil der Daten bereits greifbar sein. Er fragt, inwieweit man auf die Arbeiten des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege zurückgreifen könne. Überdies würden bei denkmalgerechten Umbauten die Tragwerke erhalten und sollten – trotz Umbau in Wohnraum – erfasst werden können. Denn der historische Wert bestehe nach wie vor. Im Kataster könne zusätzlich vermerkt werden, dass dort eben schon Wohnraum existiere.

Hr. Unger erwidert, selbstverständlich würden alle vorhandenen Daten und die dokumentierten Ausbauten aufgenommen, genauso die Informationen des Landesamtes für Denkmalpflege. Eine doppelte Erfassung wäre ungeschickt. Aber da diese Angaben nicht ausreichten, sei die Erstellung eines detaillierten Verzeichnisses sinnvoll.

Hr. Stadtrat Suttner erkundigt sich, wie oft ein Dachgeschossausbau zu Wohnzwecken aufgrund des Denkmalschutzes abgelehnt werde.

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer erwidert, Ausbaumaßnahmen würden aus unterschiedlichen Gründen versagt. Sie versichert, jeder Einzelfall werde unter denkmalpflegerischen Aspekten geprüft. Pauschale Ablehnungen spreche die Verwaltung nicht aus. Womöglich würden einzelne Bestandteile versagt, z. B. eine Dachgaube oder ein Aufzug. Sie stellt außerdem klar, dass nicht die Verhinderung von Dachausbauten bezweckt werden solle.

Beschluss:

Der Kulturausschuss befürwortet die Erstellung eines Dächerkatasters im Ensemble „Altstadt Regensburg mit Stadtamhof“.

Die Verwaltung wird beauftragt, hierzu ein Konzept zur sachlichen und finanziellen Umsetzung zu erstellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

**zu 11 Teilnahme der Stadt Regensburg am internationalen EU-Projekt "REDISCOVER: Rediscover, expose and exploit the concealed Jewish heritage of the Danube Region" im Rahmen des Interreg Danube Transnational Programms
Vorlage: VO/18/14670/RIV**

Diskussion:

Fr. Stadträtin Freihoffer hält das Projekt für interessant. Denn zweifellos bestehe vor allem in kleineren und mittelgroßen Städten ein Nachholbedarf bei der Erhaltung und Vermittlung des jüdischen Kulturerbes. Aus dem Sachverhalt zitiert sie: „Die große Herausforderung für diese Städte ist es, einen Weg zu finden, das jüdische Erbe sowohl materiell als auch immateriell zu entdecken und darauf aufbauend interessante und wettbewerbsfähige kulturelle touristische Produkte zu entwickeln.“ Sie empfinde es als merkwürdig, hier schon an die Verwertbarkeit zu denken und die Produktentwicklung in den Vordergrund zu stellen. Natürlich solle jedes kulturelle Erbe entsprechend museumspädagogisch oder –didaktisch aufgearbeitet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Aber bei Produkten falle ihr in erster Linie billiger Kitsch, der in Touristenhochburgen verkauft werde, ein. Die Frage sei, ob man dies tatsächlich fokussieren solle. Sie hält es für seltsam, einen Zusammenhang zwischen Wettbewerbsfähigkeit und Kultur herzustellen.

Ferner fragt sie, was unter den Ergebnissen 5.2 und 5.3 des Arbeitspaketes 5 zu verstehen sei.

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer nimmt an, hier liege ein sprachliches Problem vor. Mit touristischen Produkten seien keine Schneekugeln oder dergleichen gemeint, sondern ein kulturelles Angebot wie z. B. eine Schifffahrt auf der Donau.

Hr. Unger bestätigt dies. Ein wesentliches, von der EU vorgegebenes Kriterium umfasse die kulturtouristischen Beziehungen und die Erfindung neuer kulturtouristischer Routen. Man wolle versuchen, mit eigenen touristischen Reiseprogrammen das Bewusstsein für die Synagogen zu erarbeiten. Vor allem verstehe sich Regensburg in diesem Projekt als Bindeglied zu anderen Großstädten entlang der Donau. In der Partnerstadt Pilsen existiere beispielsweise Europas zweitgrößte Synagoge und die Städte Budapest und Prag verfügten jeweils über eine riesige Synagoge. Zu diesen Städten pflege Regensburg gute Beziehungen. Er könne sich beispielsweise eine Rundreise über Prag oder Pilsen zurück zu den Welterbestätten in Böhmen vorstellen. Denn auch dort befänden sich Synagogen mit Welterbestatus. Diese Exkursionen könne man dann einem Kultur-Reiseveranstalter antragen. Er stellt klar, es gehe nicht um Kitsch oder einen massentouristischen Ansatz.

Hr. Stadtrat Dr. Hammerl weiß, es handle sich um ein mehrjähriges Projekt. Deshalb bittet er um eine regelmäßige Berichterstattung im Kulturausschuss.

Fr. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer sichert dies zu und geht anschließend zur Abstimmung über.

Beschluss:

Der Kulturausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Teilnahme der Stadt Regensburg am internationalen EU-Projekt „REDISCOVER: Rediscover, expose and exploit the concealed Jewish heritage of the Danube Region“ im Rahmen des Interreg Danube Transnational Programms zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

zu 12 **Velodrom**
Ende des Pachtvertrags / Fortführung des Spielbetriebes im Velodrom / Sanierung
des Velodroms
- Grundsatzbeschluss -
Vorlage: VO/18/14688/RIV

Beschluss:

Der Kulturausschuss empfiehlt:

1. Der Fortführung der Nutzung des Velodroms als Spielstätte des Theaters Regensburg nach dem 01.01.2022 wird nach Maßgabe des Sachverhalts grundsätzlich zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird nach Maßgabe des Sachverhalts mit der Erstellung einer Bedarfs-, Sanierungs- und Machbarkeitsstudie zum Weiterbetrieb des Velodroms als Spielstätte des Theaters Regensburg u.a. unter Berücksichtigung der bauordnungsrechtlichen und denkmalpflegerischen Anforderungen beauftragt.
3. Die Ergebnisse der Studie inklusive grobem Kostenrahmen für den zukünftigen investiven und laufenden Aufwand sind den zuständigen Stadtratsgremien vorzulegen, damit diese darauf aufbauend einen Grundsatzbeschluss zum Weiterbetrieb und zur Sanierung fassen können.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

zu 13 **Anfrage: Fotokunst**
Fragesteller: Hr. Stadtrat Meierhofer

Diskussion:

Hr. Stadtrat Meierhofer erinnert an den Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Thema Fotokunst. In den Jahren 2016 und 2017 seien daraufhin Ausstellungen unter Beteiligung des Kulturreferates erfolgt. Er fragt, ob eine regelmäßige Fortsetzung mit unterschiedlichen Akteuren geplant sei.

Hr. Unger erwidert, eine kontinuierliche Weiterführung und –entwicklung sei durchaus angedacht, aber Details stünden noch nicht fest. Zudem müssten durch die anstehenden Umbauten im Historischen Museum und im Leeren Beutel die dort bereits vorgesehenen Ausstellungen anderweitig untergebracht werden; darüber verhandle man im Moment.

Schlussblatt

zur Niederschrift

für die Öffentliche Sitzung des Kulturausschusses der Stadt Regensburg am Donnerstag,
04.10.2018

Die Vorsitzende schloss die Sitzung um 19:32 Uhr.

Die Niederschrift umfasst Blätter.

Regensburg, 04.10.2018

Vorsitz

Schriftführerin

Gertrud Maltz-Schwarzfischer
Bürgermeisterin

Kathrin Haselbeck